

Liebe Genoss_innen und Teilnehmer_innen der Kundgebung!

Das Problem heißt Rassismus! Dieser Satz ist nicht nur ein Titel zum Aufruf für diese Kundgebung. Dieser Satz bezeichnet gesamtgesellschaftliche Verhältnisse, die nicht nur für die Ablehnung von Menschen steht die von Flucht betroffen sind, sondern auch für das generelle Ablehnen von Menschen, die nicht dem reaktionärem Bild derer entsprechen, die sich selbst als das Maß aller Dinge begreifen. Das Problem Rassismus verbirgt sich nicht nur abstrakt hinter einer deutschen Leitkultur die einer befremdlichen Werteideologie entspringt - Sie verbirgt sich konkret hinter den ordentlichen Vorgärten der Städte und Provinzregionen; wie hier in Bremen Nord.

So sollen "deutsche Jugendliche" die gegen "Recht und Gesetz" verstoßen haben bestmögliche Hilfe bekommen und eine Chance sich gemäß den Regeln dieser Gesellschaft einzugliedern. - Das bürgerliche Kredo lautet; "Wir alle waren mal jung und haben Scheiße gebaut!". Jugendliche die jedoch als "Nicht-Deutsche" verortet werden, soll das gleiche Recht auf besonderen Schutz verwehrt bleiben. - Das Kredo aus dem gleichen Mund lautet hier: "Wer sich nicht benehmen kann, der fliegt raus!". Auffallend an dieser Haltung ist, dass Menschen die sich gegen die Unterbringung von Geflüchteten in ihrem Wohnumfeld stellen, genau hier die Grenze ziehen. Die nichts anderes ist als die Grenze, die einem rassistischen Wertemodell entspringt.

Die Situation in Farge, beziehungsweise in anderen Stadtteilen Bremens, unterscheidet sich nicht von der Situation in anderen Städten der Republik. Überall wo Menschen, die Schutz suchen im hochgehaltenen Sozialstaat Deutschland und eine Grundlage für so etwas wie Existenz, stehen stattdessen Allenorts einem wütenden Mob von rassistisch motivierten Bürger_innen gegenüber.

Doch das ist nicht schon der ganze Alptraum der sie erwartet. Sie treffen auf Organisationen und Strukturen, die ihnen nicht einmal den letzten Dreck unter den Fingernägeln gönnen. Sie sehen sich tagtäglich Behörden, Parteien und Gruppierungen ausgesetzt, deren ganzes Bestreben darauf ausgerichtet ist, ihnen mit allen Mitteln jedes Minimum an Teilhabe und Menschenwürde systematisch zu verweigern.

Neben der organisierten Hetze gegen Geflüchtete werden etablierte Bürger_innen und Institutionen in den Städten und in den Provinzregionen auch nicht müde die Unterstützung von Geflüchteten zu kriminalisieren und damit Solidarität und

Menschenwürde gesellschaftlich weiter zu entwerten.

Die aggressive Suche nach der sensationbehafteten "Kriminalität von Geflüchteten" als erster Angriffspunkt zur Abwertung von Flucht und Migration, ist typisch für Rassist_innen und Sozialchauvinist_innen. Kriminalität von Geflüchteten wird als Ursache für ihre Ablehnung strategisch vorgeschoben und die Vorzeichen, unter Verweis darauf sich vornehmlich nicht gegen die verwertbaren Geflüchtete zu richten somit ins Gegenteil verkehrt. Ihre Mitverantwortung für die Folgen von Diskriminierung und Ausgrenzung werden in der Folge in die Verantwortung der Geflüchtete selbst geschoben.

Ursächlich für strafrechtlich relevantes Verhalten sind jedoch nicht Geflüchtete oder Migrant_innen. Objektiv weicht strafrechtlich relevantes Verhalten von Migrant_innen und Geflüchteten nicht von dem deutscher Staatsbürger_innen ab.

Ursächlich sind auf dem Rücken dieser Menschen operierende Parteien sowie selbstgerechte "Bürger_innen der Mitte", die sich alltäglich gegenüber Geflüchteten in aller Form auffällig extremistisch äußert. Die durch ihre Ideologie der Konkurrenz und Ausbeutung Verhältnisse erschaffen, in denen sich Geflüchtete strafbar machen und mitunter machen müssen um zu überleben. Die Verantwortung liegt bei jenen Bürger_innen die sich zur Abgrenzung vor Kritik gegenüber ihren menschenverachtenden Forderungen unqualifiziert zu einer vermeintlich "ideologiefreien Mitte" verorten. Die Solidarität immer nur dann unter sich aufbringen können, wenn sie sich "gegen Geflüchtete" richtet. Besonders gegen diejenigen, die von Flucht härter getroffen sind, weniger im stillen ertragen und hierdurch unweigerlich auffälliger werden. So auch hier die straffällig gewordenen jugendlichen Geflüchtete, die in Bremen Nord zwangsuntergebracht wurden. Die Ursachen liegen also nicht bei denen, die da kommen und gekommen sind. Alle Ursachen liegen bei denen, die es nötig haben Zäune zu bauen und Zäune zu fordern.

Aus dieser Analyse heraus lässt sich also erkennen, eine Idiologiefreie unpolitische Mitte, liebe Genoss_innen, gibt es nicht! Die "bürgerliche Mitte" gibt und gab stets den Ton an für diese in den Rechtsstaat gegossene Ideologie einer extremistischen Mitte der Gesellschaft. Deren fatalen Folgen unter anderem Abschiebungen, sozialer Ausgrenzung sowie Kriminalisierung von Flucht sind.

Da braucht es erst gar nicht die Luckes der AfD und anderer Demagog_innen der Stunde, die aus gewinnbringender Berufsperspektive heraus in den Medien Hetze betreiben. Sie ist schon längst bundesweit in der Republik wieder salonfähig. Die Luckes dieser Tage spielen lediglich nur noch die Melodie zu dem immer gleichen Stück und finden unter

Personen wie Fritjof Balz und Konsorten auch gleich ihre ambitionierten Tänzer_innen dazu.

Folgen einer demokratisch legitimierten Agitation gegen Flucht und Migration ausgehend von der etablierten Mitte, waren in der Vergangenheit, neben hier nicht genannten etlichen weiteren: Der faschistische Terror in Rostock-Lichtenhagen, die Mordanschläge von Mölln und Solingen sowie einer Vielzahl weiterer Städte. Den organisierten Hinrichtungen des NSU Terrornetzwerkes an Migrant_innen. Der Mord an Alberto Adriano oder der Mord durch Polizeibeamt_innen wie dem an Oury Jalloh. Sowie den Weiteren über 184 offiziell bekanntgewordenen Opfern rassistisch motivierter Gewalt in der Bundesrepublik. Die Rechtsradikalen auf den Straßen sorgen zwar unmittelbar für diese Verbrechen. Die etablierten Parteien gehen jedoch mit ihnen mittelbar Hand in Hand. Indem sie ihre Machtpositionen nutzen der bereits bestehenden Stimmung eines aufgebracht "deutschen Volkes", nachträglich zu diesen Verbrechen, Ausdruck zu verleihen. Schließlich wurde das Grundrecht auf Asyl - direkt nach den Anschlägen wie in Rostock-Lichtenhagen - faktisch durch die Billigung der etablierten Parteien abgeschafft. Neonazis haben hier stellvertretend besorgt, was der bürgerliche Mob nicht schnell genug durch die Parlamente treiben konnte.

Es ist also nicht das Muster das nur sogenannten "rechten Extremismus" zu eigen ist und es ist auch nicht die alleinige Ursache. Es ist das Muster einer extremistisch operierenden Mitte hinter dem Schleier von Demokratie und Rechtsstaat, deren Strategie sich im rechtsradikalen Spektrum lediglich weniger verschleiert offenbart.

Den hier vermittelten Tatsachen folgend sind es die Bürger_innen, die hier stehen und fordern das vermeintlich "kriminelle jugendliche Geflüchtete" hier nichts zu suchen hätten und ihnen in dem Zusammenhang zynisch Grundrechte absprechen. Sie setzen 22 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen mit Wissen und Wollen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung die ganze Maschine des Terrors gegen Geflüchtete und Migrant_innen verstärkt in Gang und legitimieren mit jeder ihrer noch nicht umgesetzten Forderungen die Gewalttaten von Rechtsradikalen.

Es ist stets der bürgerliche Mob der Mitte beteiligt, wenn Neonazis ihren Stammtischparolen folgen, um zur Anbiederung mit dieser bürgerlichen Mitte Asylunterkünfte anzünden. Es ist immer wieder der Mob der bürgerlichen Mitte, der eine Abgrenzung zu den Rechtsradikalen beteuert, um jede Mitverantwortung für Gewalt gegen

Geflüchtete von sich zu weisen. In aller Deutlichkeit: Es sind genau diejenigen die mit ihrer Selbstverortung zur bürgerlichen Mitte die Verantwortung tragen, ob an den Stammtischen, in Parteien oder regierenden Fraktionen und ihren Finger heben und den Ruf nach härteren Gesetzen, drakonischeren Strafen sowie Entzug von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Ausgrenzung fordern.

Die bürgerliche Mitte fordert indes nicht für Neonazis, nicht für Rassist_innen und auch nicht für die neuen Akteur_innen aus den rechtspopulistischen Parteien Ausgrenzung und Bestrafung. Diese "Mitte" auf dem Boden der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung fordert all das für Geflüchtete, Migrant_innen und Menschen, die bereits in prekäre Lebenssituationen geworfen wurden. Sie fordern diese Verhältnisse aggressiv auf Bundes- und EU Ebene für alle Menschen die nicht so arbeiten gehen können, wollen oder dürfen, wie sie es sich die Profiteure von Gewalt und Hass gegen Geflüchtete selbst als Tugend und Moral auferlegen.

Personen wie Fritjof Balz, Christoph Seidel oder Jan Timke treffen mit ihren rechtspopulistischen Forderungen nicht auf den breiten Widerstand einer angeblich wehrhaften Demokratie. Sie treffen auf eine breite "Mitte der Gesellschaft", die mit ihren vom Rechtsstaat geschützten Mitteln und Institutionen, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit weiter strukturell zu begünstigen sucht, verharmlost und ihre brutalen Folgen bedingungslos verschweigt.

Liebe Genoss_innen, liebe Teilnehmer_innen und Anwohner_innen!

Wir werden so lange wiederkommen und auf das Schicksal von Geflüchteten aufmerksam machen, bis dieser bürgerliche Mob der Mitte es begriffen hat. Wir werden so lange zusammenstehen und auf ihre bürgerlichen Werte spucken, so lange wie ihre Zäune, ihre Gesetze und ihre staatlich organisierte Repression Menschen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung unmöglich machen.

Wir werden uns so lange Rassist_innen und Neonazis entschlossen in den Weg stellen, bis die ganze Scheiße aufhört.

**Wir bleiben Alle!
Refugees Welcome!**